

## Die Prinzipien sollten das Recht der Öffentlichkeit auf Zugang zu Informationen im Besitz öffentlicher Einrichtungen bekräftigen

Leitende Juristin für die Informations- und Meinungsfreiheit bei der Open Society Justice Initiative, schreibt dass das Recht auf Zugang zu Informationen für die Meinungsfreiheit essentiell ist.



Der Zugang zu Informationen im Besitz öffentlicher Einrichtungen ist ein essentieller Bestandteil der Meinungsfreiheit. Daher wird ein Prinzip benötigt, das eigens diesem Thema gewidmet ist.

Am wichtigsten ist dabei zunächst, dass Informationen im Besitz öffentlicher Einrichtungen zugänglich sein müssen, damit es uns ermöglicht ist, an einer fundierten Debatte teilhaben zu können; unsere Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen; unsere Menschenrechte, die öffentliche Sicherheit und die Umwelt zu schützen; und damit der Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen auf eine gerechte Weise gewährleistet ist. Dies gilt auch für Informationen im Besitz privater Einrichtungen, die öffentliche Gelder beziehen oder öffentliche Dienstleistungen anbieten.

Dabei muss zwischen zwei verschiedenen Arten von Informationen unterschieden werden. Konsumenten und Nutzer öffentlicher Dienstleistungen müssen darüber informiert gehalten

## Debatte zur Meinungsfreiheit

Thirteen languages. Ten principles. One conversation.

<https://freespeechdebate.com/de>

---

werden, wie man auf Angebote und Leistungen zugreifen kann, und wie entschieden wird, welche Angebote und Einrichtungen – Krankenhäuser, Schulen, Verkehrsmittel – am wichtigsten sind. Die Öffentlichkeit, und vor allem Aufsichtsgremien, müssen zudem über Abläufe innerhalb von Regierungsbehörden informiert sein – d.h. über Budgets, Produktivität, Geschäftsrichtlinien, Gehälter, Outsourcing, Berichte von Kontrolleuren – damit eingeschätzt werden kann, ob die jeweilige Behörde effizient arbeitet und nicht gegen internationales oder nationales Recht verstoßen wird.

Behörden wehren sich meistens dann gegen die Veröffentlichung interner Informationen und Daten, wenn sie fürchten, dass sie oder ihre Leiter dann für ihr Verhalten zur Rechenschaft gezogen werden könnten. Es kann auch der Fall sein, dass für die Bereitstellung der Informationen erst deren aufwendige Aufarbeitung nötig wäre, oder dass bisher verborgen gebliebenes Fehlverhalten oder Misswirtschaft bekannt werden könnte. Die US-Verbraucherschutzbehörde zum Beispiel wehrte sich lange dagegen, Beschwerden gegen einzelne Produkte zu veröffentlichen. Dies begründete die Behörde damit, dass manche Beschwerden grundlos sein könnten, ihre Veröffentlichung dann jedoch den jeweiligen Hersteller schädigen und/oder zu Schadenersatzklagen führen würden. Im Juni 2011 erklärte sich die Behörde schließlich doch dazu bereit, solche Informationen zu veröffentlichen. Jedoch enthält nun jede solche Veröffentlichung einen Haftungsausschluss.

Zweitens ist Prinzip 1 hier nicht ausreichend, denn „Informationen und Ideen empfangen und mitteilen“ zu können, garantiert nicht automatisch „Zugang zu Informationen im Besitz öffentlicher Einrichtungen“. „Informationen und Ideen frei empfangen und mitteilen“, heißt es in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung und auf ihr basierenden Verträgen der Vereinten Nationen sowie in regionalen Verträgen. Dies wird allgemein so ausgelegt, dass jeder der möchte, Informationen austauschen darf, ohne dabei von der Regierung behindert zu werden. Jedoch wird dies nicht mit einem Recht auf Zugang zu Informationen im Besitz öffentlicher Einrichtungen verbunden, wenn diese Einrichtungen nicht dazu bereit sind, diese Informationen herauszugeben.

Drittens haben Experten, Institutionen und Gesetze auf internationaler und nationaler Ebene erst vor kurzem klargestellt, dass der freie Zugang zu Informationen im Besitz öffentlicher Einrichtungen zur Meinungsfreiheit gehört. So erklärte beispielsweise das UN-Menschenrechtsausschuss erst 2011, dass Artikel 19 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte das Recht auf Zugang zu Informationen im Besitz öffentlicher Einrichtungen mit einschließt. Dieses Komitee besteht aus 18 Experten, die von den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen ausgewählt werden. Es ist damit beauftragt, den Pakt verbindlich auszulegen und anzuwenden. Der Pakt ist ein Vertrag, der Teile der Allgemeinen Menschenrechtserklärung kodifiziert. Dieses Recht wurde also gerade erst etabliert, und obwohl es extrem wichtig ist, neigen Regierungen dazu, zu leugnen dass sie Zugang zu Informationen gewähren müssen. Daher ist hier ein separates Prinzip nötig.

In mehr als 50 Staaten ist das Recht auf Informationen in der Staatsverfassung verankert; und in fast 90 Staaten sind entsprechende Gesetze oder Regulierungen auf nationaler Ebene in Kraft.

## Debatte zur Meinungsfreiheit

Thirteen languages. Ten principles. One conversation.

<https://freespeechdebate.com/de>

---

Dazu gehören bevölkerungsreiche Länder wie Brasilien, China, Indien, Indonesien, Russland und die Vereinigten Staaten, sowie die meisten Länder in Europa und in Zentral Asien, mehr als die Hälfte der lateinamerikanischen Länder, mehr als ein Dutzend in Asien, sieben in Afrika, und drei im Nahen Osten und Nordafrika. Über fünf Milliarden Menschen leben heutzutage in Ländern, in denen das Recht, von den jeweiligen Regierungen Informationen zu erhalten, auf nationaler Ebene verankert, und zumindest theoretisch einklagbar ist. (Weitere Angaben bezüglich all dieser Verfassungen und Gerichtsurteile können auf einer [Website](#), die von der Open Society Justice Initiative unterhalten wird, gefunden werden).

In diesem Sinne würde ich ein neues Prinzip mit folgendem Wortlaut hinzufügen:

„Wir benötigen Informationen, auch von öffentlichen Einrichtungen, damit es uns ermöglicht ist, an einer fundierten Debatte teilhaben zu können; unsere Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen; unsere Menschenrechte, die öffentliche Sicherheit und die Umwelt zu schützen; und damit der Zugang zu öffentlichen Gütern und Dienstleistungen auf eine gerechte Weise gewährleistet ist.“

Dieses Prinzip entspricht der obigen Diskussion, und rückt zwei weitere Gesichtspunkte in den Vordergrund. An erster Stelle zählen zu unserem Anspruch auf Informationen auch, aber nicht nur, jene Informationen, die von öffentlichen Einrichtungen gehalten werden. Der UN-Menschenrechtsausschuss, wie auch zahlreiche innerstaatliche Rechtsvorschriften, erkennen an, dass Bürger auch ein Anrecht auf Informationen von jenen nicht-öffentlichen Einrichtungen haben, die öffentliche Gelder erhalten, von Regierungen gesteuert werden oder durch bestimmte Gesetze ins Leben gerufen wurden. Manche moderne Staatsverfassungen und Gesetzgebungen, z.B. in Südafrika, räumen ferner ein, dass Bürger ein Anrecht auf Informationen von solchen Einrichtung haben können, die ihre Rechte einschränken. Zweitens betrifft der Anspruch auf öffentliche Informationen nicht nur Bürger, sondern muss als ein Menschenrecht verstanden werden, das – wie auch die Meinungsfreiheit – einen instrumentellen wie auch ein grundlegenden Wert enthält. Gut informierte Entscheidungen treffen zu können ist so unentbehrlich für unsere Menschenwürde und unsere Freiheit wie die Meinungsfreiheit selbst. Was die instrumentelle Ebene betrifft, so haben die Personen, die in einem Land ansässig sind (Bürger und nicht-Bürger), und auch jene Individuen, die durch bestimmte Regierungshandlungen betroffen sind, einen Anspruch und ein Recht auf die von Regierungen gehaltenen Informationen.

Letztlich würde ich hinzufügen, dass das zehnte Prinzip erweitert und ausdrücklich auf das Recht auf Informationen verweisen sollte:

„Es muss uns erlaubt sein, alle Einschränkungen der Meinungsfreiheit und *des Rechts auf Informationen* zu hinterfragen, die mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, der nationalen Sicherheit oder der Sittlichkeit begründet werden.“

Dieser Zusatz unterstreicht die Notwendigkeit, dass es Menschen nicht nur gestattet sein muss, Meinungen äußern zu können, die einen Affront gegenüber den derzeitigen Regierungen

## **Debatte zur Meinungsfreiheit**

Thirteen languages. Ten principles. One conversation.

<https://freespeechdebate.com/de>

---

darstellen, sondern auch, dass jene Regierungsgeheimnisse hinterfragt werden können, die mit der nationalen Sicherheit oder öffentlichen Interessen gerechtfertigt werden.

---

Veröffentlicht am Februar 10, 2012